

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 180 (2014)
Heft: 11

Artikel: Finanzsicherheit und wirtschaftliche Zukunft
Autor: Dorer, Christian / Fumagalli, Antonio / Villiger, Kaspar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Finanzsicherheit und wirtschaftliche Zukunft

Alt-Bundesrat Kaspar Villiger äussert im vorliegenden Interview seine Gedanken und Sorgen um die Schweiz und insbesondere um ihre Finanzsicherheit. Er skizziert dabei was unser Land aus seiner Sicht unternehmen sollte, und dass die Gefahren und Risiken nicht schlagartiger, sondern erosiver Natur sind. *Sch*

Interview Christian Dorer¹,
Antonio Fumagalli²

Christian Dorer/Antonio Fumagalli: Bei jedem Ihrer verschiedenen Rücktritte war «servir et disparaître» Ihr Motto. Und doch tauchen Sie immer wieder auf, können Sie es nicht lassen?

Kaspar Villiger: Ich habe mich so lange mit dem Staat und seiner Entwicklung identifiziert, dass ich mich als politischer Mensch nicht ganz davon verabschieden kann. Ich mische mich nicht in die Tagespolitik ein. Aber bei sehr wichtigen Problemen erlaube ich mir, grundsätzliche Überlegungen anzustellen und diese auch kundzutun.

An Problemen mangelt es nicht, insbesondere unser Verhältnis zu Europa ist in der

Schwebe. Sind Sie immer noch «schockiert», wie Sie nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative gesagt haben?

Unser Land ist im internationalen Vergleich in einer absolut privilegierten Situation. Das hat eine ganze Reihe von Gründen – einer liegt in unserer politischen Kultur mit ihrem Sinn für Freiheit und Selbstverantwortung. Das war ein fruchtbarer Boden, um eine Marktwirtschaft aufzubauen, die unseren Wohl-

stand erst ermöglicht. Diese Grundlagen sind nun wegen der Masseneinwanderungsinitiative aus zwei Gründen bedroht: Sie attackiert über die Guillotineklausele die bilateralen Verträge und damit unseren Zugang zu den europäischen Märkten. Die Schweiz mit der Einwohnerzahl einer chinesischen Grossstadt kann Wohl-

stand nur durch den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit der EU und der Welt erarbeiten. Zudem vergisst die Initiative, dass wir auf intellektuellen Austausch und ausländische Talente, auf all die Nestlés und Hayeks, angewiesen sind.

Die Drohkulisse verfängt nicht mehr. Mehrfach schon, zum Beispiel bei der Abzockerinitiative, wurde der Teufel an die Wand gemalt – passiert ist nichts.

Leider passiert eben doch etwas. Es ist die Summe solcher Initiativen und Volksentscheide, die sich negativ auswirkt. Die Erosion des Wohlstands hat, vorerst sachte, schon begonnen. Es ziehen weniger ausländische Firmen zu uns, Investoren halten sich zurück, Schweizer Firmen denken über Auslagerungen nach.

Woher wissen Sie das?

Ich höre es von Firmenvertretern aus aller Welt und es entspricht meiner eigenen unternehmerischen Erfahrung. Leider haben die Argumente der Wirtschaft durch einzelne Fehlleistungen von Managern an Glaubwürdigkeit verloren. Zudem hat die Wirtschaft ein Kommunikationsdefizit. Die Chefs müssen wieder persönlich an die Front, nicht nur die bezahlten Verbandsvertreter.

Sie waren bei den Verhandlungen zu den Bilateralen I und II hautnah dabei. Warum konnten Sie die Guillotineklausele, die nun alles zum Scheitern bringen könnte, nicht verhindern?

Alle loben die Bilateralen und glauben, deren Aushandlung sei ein Kinderspiel gewesen. Das Gegenteil war der Fall. Oft verzweifelte ich fast im Bundesrat ob der Unsicherheit, ob wir überhaupt je zum Ziel kommen könnten. Es waren die zähesten Verhandlungen, an die ich mich erinnere. Mir hat diese Verknüpfung nie gefallen. Aber ohne die Klausel wären die Verhandlungen wohl gescheitert.

Sollen die Schweizer nochmals abstimmen und sich der Schicksalsfrage «Bilaterale – ja oder nein?» stellen müssen?

Es gibt ja das alte Sprichwort: «Nach der Tat hält der Schweizer Rat.» Wenn es

Bild: Annika Bütschi, Aargauer Zeitung

gelingt, durch geeignete Massnahmen den berechtigten Ängsten der Bevölkerung Rechnung zu tragen, ohne gleichzeitig den bilateralen Weg aufs Spiel zu setzen, dann ist es durchaus legitim, das Volk dazu zu befragen. Es liegt aber nicht an mir, Vorschläge zu präsentieren. Auch in anderen Fragen, man nehme zum Beispiel die Mehrwertsteuer, brauchte es mehrere Anläufe bis zu einer Lösung.

Müssten wir wirtschaftlich einfach mal richtig auf die Nase fallen, um zu realisieren, was wir am Bilateralismus haben?

Ich glaube nicht an diese These. Sie sehen in zahlreichen europäischen Ländern, dass wirtschaftliche Not nicht zu mehr Vernunft, sondern zu mehr politischen Problemen führt.

Bleibt am Ende der EU-Beitritt?

Ich hoffe es wirklich nicht. Man hört ja immer wieder den Vorwurf, dass wir Rosinenpicker seien. Das Gegenteil ist der Fall! Die EU profitiert eher mehr von der Schweiz als umgekehrt. Das zeigt nur schon die Handelsbilanz. Zudem verdienen über eine Million EU-Bürger ihr Brot in der Schweiz. In Schweizer Firmen

in der EU sind 1,2 Millionen Arbeitnehmer tätig. Das Problem ist, dass die EU dies gar nicht realisiert oder realisieren will. Leider will bei uns jede noch so kleine Behörde und jeder Verein auch noch ein Abkommen mit der EU. Deshalb werden wir ständig als Bittsteller wahrgenommen, obwohl wir dies gar nicht nötig hätten.

Was wäre denn besser?

Wir sollten den heutigen Integrationsstand abzusichern versuchen und nicht ständig Neues aufladen. Einen EU-Beitritt lehne ich ab. Wenn wir aber aufgrund von Volksentscheiden unseren Ausenhandel gefährden würden, könnten wir tatsächlich eines Tages zum Beitritt gezwungen sein, um wirtschaftlich überhaupt zu überleben. Dann wären die vehementen EU-Gegner am Ende selber die Verursacher eines Beitritts.

Warum kommen heute viel mehr Initiativen durch als noch vor ein paar Jahren?

Früher waren Initiativen willkommene Impulse, um auf ein echtes Problem hinzuweisen. Auch im Falle der Ablehnung konnten sie oft etwas bewirken. Mich beunruhigt, dass gefährliche oder undurch-

Kaspar Villiger, 1941, studierte Maschinenbau an der ETH Zürich und übernahm nach dem Tod seines Vaters das Familienunternehmen. Seine politische Karriere begann in Luzern, wo er 1972 in den Grossen Rat gewählt wurde. Er war Nationalrat (82–87) und Ständerat (87–89). Von 1989 bis 2003 vertrat Villiger die FDP im Bundesrat. 2009 übernahm er das Präsidium der damals stark angeschlagenen Grossbank UBS und blieb bis 2012. In der Armee kommandierte er eine Transportkompanie und war Hauptmann im Stab eines Platzkommandos.

dachte Initiativen plötzlich angenommen werden. Vielleicht ist dies die Folge von Ängsten, welche durch die täglichen Hormormeldungen aus aller Welt entstehen und die den realen Gefahren nicht entsprechen. Die Leute wollen dann einfach ein Zeichen setzen.

Nach Ihrer Zeit als Bundesrat wurden Sie UBS-Präsident – in äusserst turbulenter Zeit; Sie hatten nur Ärger!

Wenn es interessant ist, hat man immer Ärger. Das war in der Fischen-Affäre



Ihre Zukunft ist unser Programm

Stufe für Stufe betreuen wir Sie bei berufsbegleitender Weiterbildung.

Start: Frühjahr und Herbst. Monatliche Informationsanlässe mit anschliessendem Apéro.

Wankdorffeldstrasse 102, 3014 Bern

Unser Angebot:

- Führung und Management
- Information Technology
- Medizininformatik
- Medizintechnik

Tel. +41 31 84 83 111

Ihr Abschluss:

- EMBA (Executive Master of Business Administration)
- MAS (Master of Advanced Studies)
- DAS (Diploma of Advanced Studies)
- CAS (Certificate of Advanced Studies)

ti.bfh.ch/weiterbildung



► Weiterbildung

oder in der Swissair-Krise nicht anders. Gleichzeitig waren das die Zeiten, die mich am meisten erfüllt haben. Als ich mit Oswald Grübel bei der UBS das Ruder übernahm, war die Bank in einem schlechteren Zustand, als ich dachte. Wir haben es mit unserem Team geschafft, sie wieder profitabel, kapitalstark und erfolgreich zu machen und dafür zu sorgen, dass die Steuerzahler einen Gewinn machten. Unsere Bilanz lässt sich sehen. Einzig beim Kulturwandel hätte ich mir mehr Fortschritte erhofft. Aber auch daran arbeitet das neue Management, mit dem ich sehr zufrieden bin, intensiv.

Die UBS musste 2009 eine Busse von 780 Millionen Dollar wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung bezahlen, die CS nun sogar mehr als das Doppelte. Lernen die Grossbanken nie?

Natürlich zahlen die Banken auch für unverzeihliche Fehler. Trotzdem habe ich kein Verständnis für das Verhalten der USA. Wir erleben gerade eine Zwangsdekaptalisierung des europäischen Bankensystems durch die unverhältnismässigen Bussen der Amerikaner. Sie bestrafen ihre eigenen Banken zwar auch, aber nicht im gleichen Ausmass. Und vor allem bestrafen sie nur diejenigen, die in die Subprime-Krise involviert sind. Doch diese wurde meiner Meinung nach weniger durch die Geschäftsbanken als durch Fehlansätze der amerikanischen Politik und der Notenbank verursacht. Jetzt müsste man die Banken noch weiter stabilisieren und nicht kapitalmässig schwächen. Das kann sich sogar auf die Kreditvergabe auswirken, und das ist das Letzte, was es jetzt braucht.

Die Banken haben sich die Bussen durch jahrelanges Fehlverhalten doch selbst zuzuschreiben.

Ich kritisiere nicht die Strafen an sich, wo sie berechtigt sind, sondern deren Unverhältnismässigkeit. Man bestraft jetzt die Institute und damit die Aktionäre und die heutigen Managements, welche ja aufräumen. Diejenigen hingegen, welche die Fehler zu verantworten haben, ziehen sich besser aus der Affäre. Das ist das Gegenteil von Abschreckung.

Die USA sind ein Rechtsstaat. Warum begehen die Banken nicht einfach den Rechtsweg?

Das ist genau das Problem. Es gibt selten höchstrichterliche Urteile und damit nie Rechtssicherheit. Ich bin überzeugt,

dass die Banken nach sauberen Prozessen viele Fälle gewinnen würden. Aber wegen der Verunsicherung von Kunden und Aktionären können sie sich langjährige Prozesse nicht leisten. Die Institute wissen also, dass sie eine schnelle Lösung oft sogar mit Schuldeingeständnis suchen müssen. Das gibt den amerikanischen Behörden ein ungemeines Erpressungspotenzial in die Hand.

Welche Absicht verfolgen die USA mit dieser Politik?

Wahrscheinlich wollen sie ihren eigenen Banken Wettbewerbsvorteile verschaffen. Nach meiner Erfahrung tun die USA nie etwas, was ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

In der Herbstsession kommt die Erbschaftssteuer-Initiative in den Ständerat. Sie propagierten diese Steuer 2003 als Finanzminister ebenfalls, was diametral der Position Ihrer Partei widersprach.

Ich muss das klarstellen. Es war die Zeit, als der Bund in ein strukturelles Defizit hineinlief. Dem Parlament war nur zum Teil klar, dass es sparen musste. Und wo gespart werden sollte, war heftig umstritten. Also diskutierten wir im Bundesrat lange darüber, welche Optionen wir überhaupt hatten. Wir kamen zum Schluss, eine Art Drohkulisse zu zimmern: entweder drastische Sparmassnahmen, wie es der Bundesrat bevorzugte und schliesslich auch umsetzte, oder dann Steuererhöhungen. Dabei gab es die Möglichkeit einer Mehrwertsteuer, die aber den Konsum von allen betroffen hätte, oder eben eine moderate Erbschaftssteuer. Diese belastet gemäss zahlreichen Ökonomen das Wachstum weniger stark. Unser Modell von damals ist mit demjenigen der jetzigen Initiative aber nicht vergleichbar. Diese geht viel zu weit. Deshalb lehne ich sie entschieden ab.

Dennoch weibeln die Befürworter nun mit Ihnen als bürgerlicher Kronzeuge der Erbschaftssteuer-Initiative. Nervt Sie das?

Das gehört zum politischen Spiel, damit kann ich leben. Ich stelle es einfach richtig.

Etwas gekürzte Version eines Beitrages in den AZ Medien; mit freundlicher Genehmigung. ■

- 1 Chefredaktor az nordwestschweiz, Aargauer Zeitung
- 2 Inlandredaktor Aargauer Zeitung

Das Wort des CdA

Das Momentum

Geschätzte Leserinnen und Leser der ASMZ

Kennen Sie das Martinsloch? Das Felsloch in den «Tschingelhörnern» im Glarnerland, durch welches zu ganz bestimmten Zeitpunkten die Sonne durchscheint? Einen solchen einzigartigen Moment haben wir im Moment in unserer Armee- und Rüstungsplanung. 2008 haben wir mit einem Planungsauftrag über 80 000 AdA und 4,4 Mrd. CHF begonnen. Die transparente Darstellung, auf welche Leistungen dabei verzichtet werden müsste, hat dazu geführt, dass die Vorgaben auf 100 000 AdA und 5 Mrd. CHF erhöht wurden. Die parallel erarbeitete Mängelliste hat deutlich aufgezeigt, wo wir Nachholbedarf haben. Vom Sicherheitspolitischen Bericht und Armeebericht abgeleitet, konnten wir daraus die WEA planen.

Nach vielen – durchaus berechtigten – Diskussionen haben wir einen guten Kompromiss gefunden. Ich bin überzeugt: Die WEA entspricht den Bedürfnissen und bringt uns einen riesigen Schritt nach vorne. Nebst den Verbesserungen der Bereitschaft und Ausbildung, brauchen wir hierzu auch die notwendige Ausrüstung.

Und damit komme ich auf den einzigartigen Moment zurück. Nach dem Gripen-Nein müssen wir nun den Masterplan umstellen und Beschaffungen, die für später vorgesehen waren, nach vorne nehmen. Dies bedingt einen grossen Aufwand und Knochenarbeit. Es müssen Verträge verhandelt sowie Ausbildungs-, Einsatz-, Unterhalts- und Sicherheitskonzepte erarbeitet werden. Das Parlament ist bereit, uns die Mittel zu sprechen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der immer schlechter werdenden Sicherheitslage.

Es geht um moderne Telekommunikationsmittel, Ersatz der bodengestützten Fliegerabwehr, Werterhalt von bestehendem Material sowie der Verbesserung der Wirkungsmittel am Boden (Mörser und Mehrzweckantistruktursystem). Weitere Projekte sind in Planung.

Wir wissen, was wir brauchen – jetzt liegt es an uns, dieses Momentum zu nutzen. Nicht für uns, sondern zum Schutz unserer Bevölkerung. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee

